

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023
der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft

44137 Dortmund

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risikobericht
- D. Prognose- und Chancenbericht
- E. Erklärung zur Unternehmensführung - ungeprüft -
- F. Nichtfinanzielle Berichterstattung - ungeprüft -

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Als Genossenschaftsbank besteht unsere Aufgabe darin, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Mitglieder zu fördern. Diesem Fördergedanken folgend, haben wir als Vision ein übergeordnetes Ziel formuliert, welches wie folgt lautet: "Wir machen das Leben unserer Mitglieder besser".

Die Bank hat als zentrale Geschäftsfelder das Privat- und das Firmenkundengeschäft. Dem Regionalitätsprinzip und der Förderung der Mitglieder Rechnung tragend, konzentriert sich die Bank in ihrem Handeln im Wesentlichen auf das Geschäftsgebiet, das östliche Ruhrgebiet. Ergänzend zum Kundengeschäft wird zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung das Eigengeschäft betrieben. Es werden hierbei Investitionen sowohl in Form von Wertpapieranlagen als auch in Form von Eigenanlagen in Immobilien getätigt. Sämtlichem Handeln liegt dabei auch der Aspekt der Nachhaltigkeit zu Grunde.

Entsprechend unserer genossenschaftlichen DNA bedient sich die Bank auch dem Leistungsangebot innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken, welches wir auch aktiv weiterentwickeln und mitgestalten wollen.

Wir sind Mitglied im Genoverband e. V., Düsseldorf.

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung (BVR-ISG-Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG-Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt.

Daneben ist unsere Genossenschaft der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG-Sicherungssystem tätig.

Folgende Zweigniederlassungen sind im Register der Hauptniederlassung beim Amtsgericht Dortmund unter der Genossenschaftsregister-Nr. 425 eingetragen:

Volksbank Brambauer, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 44536 Lünen

Volksbank Castrop-Rauxel, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 44575 Castrop-Rauxel

Volksbank Datteln, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 45711 Datteln

Volksbank Hamm, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 59065 Hamm

Volksbank Henrichenburg, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 44581 Castrop-Rauxel

Volksbank Kamen-Werne, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 59174 Kamen

Volksbank Lünen, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 44532 Lünen

Volksbank Oer-Erkenschwick, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 45739 Oer-Erkenschwick

Volksbank Schwerte, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 58239 Schwerte

Volksbank Unna, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 59423 Unna

Volksbank Waltrop, Zweigniederlassung der Dortmunder Volksbank eingetragene Genossenschaft, 45731 Waltrop

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2023 beeinträchtigten die Spätfolgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der Coronapandemie die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. Wegen dieser Belastungen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Prozent, nachdem es 2022 noch merklich zugelegt hatte (+1,8 Prozent). Die Inflationsrate verminderte sich zwar von 6,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 auf 5,9 Prozent in 2023, der Preisauftrieb blieb damit aber weiterhin ausgesprochen hoch.

Nach einem durch die Erholung von der Coronakrise getriebenen kräftigen Zuwachs im Vorjahr um 3,9 Prozent gingen die privaten Konsumausgaben 2023 preisbereinigt um 0,7 Prozent zurück. Hauptgrund war der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise, der die Kaufkraft der Einkommen vieler Haushalte deutlich dämpfte. Trotz vielfach deutlicher Lohn- und Gehaltssteigerungen und der insgesamt robusten Arbeitsmarktlage gaben die Privathaushalte erheblich weniger aus. Die staatlichen Konsumausgaben, in 2022 noch um 1,6 Prozent gestiegen, sanken mit dem Wegfall der pandemiebedingten Sonderausgaben um deutliche 1,5 Prozent. Insgesamt trugen die Konsumausgaben mit einem Beitrag von -0,7 Prozentpunkten wesentlich zum Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bei.

Ähnlich wie bereits im Vorjahr zeigte sich die Investitionskonjunktur gespalten. Abnehmende Lieferengpässe und eine sukzessive Abarbeitung der aufgestauten Auftragsbestände ermöglichten um 3,0 Prozent steigende Investitionen in Ausrüstung wie Fahrzeuge und Maschinen, wenngleich das Wachstum in 2022 noch 4,0 Prozent betragen hatte. Bauinvestitionen gaben nach einem Rückgang von 1,8 Prozent in 2022 im Jahr 2023 abermals um weitere 2,7 Prozent nach. Ursächlich für den Nachfragerückgang, der vor allem den Wohnungsbau betraf, war die Zinsentwicklung sowie die nur langsam nachlassende Baupreisdynamik.

Der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft konnte 2023 nicht an die deutlichen Zuwächse während der Erholung von der Coronakrise im Jahr 2022 anknüpfen. Sowohl die Exporte als auch die Importe sanken um 2,2 Prozent beziehungsweise 3,4 Prozent, nachdem sie im Vorjahr noch um 3,3 Prozent und 6,6 Prozent gestiegen waren. Während die schwächer werdende weltwirtschaftliche Gangart sowie die hohen inländischen Energiekosten die deutschen Exportunternehmen nachhaltig belasteten, wirkte die schwache inländische Produktions- und Konsumententwicklung dämpfend auf die Importe. Da die Importe stärker nachgaben als die Exporte, wirkte der Außenhandel rechnerisch in Summe mit einem Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts entgegen.

Die staatlichen Einnahmen expandierten 2023 mehr als die Ausgaben. Während das Einnahmenwachstum vor allem durch steigende Sozialbeiträge und erhöhte Gebühren generiert wurde, resultierten die gestiegenen Ausgaben auch aus den Anpassungen der Renten und Pensionen sowie höheren Zinsaufwendungen. Ebenso wurden Mehrausgaben zur Abmilderung der Energiekrise, wie die Zahlungen von Preisbremsen, getätigt. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit gab in Relation zum nominal kräftig gestiegenen Bruttoinlandsprodukt leicht von 2,5 Prozent im Vorjahr auf 2,1 Prozent nach. Die staatliche Schuldenquote, die 2022 noch bei 66,1 Prozent lag, dürfte auf rund 65,0 Prozent gesunken sein.

Trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche blieb der Arbeitsmarkt in einer soliden Grundverfassung. Zwar stieg die Arbeitslosenzahl, auch wegen der verstärkten Erfassung Geflüchteter, von 2,4 Millionen Menschen im Vorjahr auf 2,6 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote befand sich mit 5,7 Prozent aber nach wie vor auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und nur leicht über dem Stand von 2022 von 5,3 Prozent. Der Beschäftigungsaufbau hielt an, so dass die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahr um rund 300.000 auf einen neuen Rekordwert von gut 45,9 Millionen Menschen kletterte.

Nachdem die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex 2022 mit 6,9 Prozent den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, ging sie in 2023 auf einen Jahresdurchschnitt von 5,9 Prozent zurück. Der Trend des sukzessiven Rückgangs der Inflationsrate in 2023 lässt sich an den Maximalwerten im Januar und Februar, die 8,7 Prozent betragen haben, und an den Minimalwerten der Monate November und Dezember mit 3,2 Prozent beziehungsweise 3,7 Prozent ablesen. Verantwortlich für den Rückgang der Gesamtteuerung war in erster Linie der nachlassende Preisanstieg bei der Energie sowie staatliche Entlastungsmaßnahmen.

Das langsame, noch andauernde Abklingen des Inflationsschocks des Jahres 2022 dominierte das vergangene Jahr 2023 an den Finanzmärkten. Sowohl die US-Notenbank als auch die Europäische Zentralbank erhöhten ihre Leitzinsen weiter, was eine Eintrübung der konjunkturellen Aussichten der Weltwirtschaft aufgrund gestiegener Finanzierungskosten zur Folge hatte. Weitere Belastungen resultierten aus der einsetzenden Konjunktуреinbremsung in der Volksrepublik China sowie aus den geopolitischen Unsicherheiten. Hier wären insbesondere der russische Angriffskrieg, der intensiverte Nahostkonflikt in und um Israel sowie das angespannte Verhältnis zwischen China und den USA zu nennen.

Die Finanzmärkte entwickelten sich trotz dieser Belastungen jedoch eher positiv und bewerteten die rückläufigen Inflationsraten des Jahres 2023 als Zeichen für schneller als erwartet folgende Zinssenkungen im Jahr 2024. So fiel die Verbraucherpreisinflation in den USA binnen Jahresfrist von 6,4 Prozent auf 3,4 Prozent, im Euroraum sogar von 8,6 Prozent auf 2,9 Prozent. Entsprechend dynamisch legten Aktien- und Anleihekurse im Jahresverlauf und insbesondere zum Jahresende zu.

Die US-Notenbank hatte zur Jahresmitte 2023 nach weiterer Erhöhung der Leitzinsen um 100 Basispunkte den Zielkorridor für die Leitzinsen von 5,25 bis 5,5 Prozent erreicht. Eine Senkung der Leitzinsen wurde ausgeschlossen, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Inflation gesichert zum Zielwert von 2,0 Prozent zurückkehrt. Weitere Zinserhöhungen hielt sich die US-Notenbank hingegen explizit offen. Den Abbau insbesondere der Bestände an Staatsanleihen setzte sie in dem von ihr 2022 festgelegten Tempo fort.

Die Europäische Zentralbank vollzog am 20. September 2023 ihre letzte Zinserhöhung. Der Leitzins erreichte damit 4,5 Prozent. Das Zinsniveau wurde auf Folgesitzungen der Europäischen Zentralbank bestätigt. Eine Senkung soll erst erfolgen, wenn das mittelfristige Inflationsziel von 2,0 Prozent wieder erreicht wird. Parallel, und die erhoffte Wirkung der Leitzinserhöhungen unterstützend, wurden auch die Anleihekaufprogramme weiter zurückgefahren.

Inflations- und Zinserwartungen sowie die tatsächlichen Entscheidungen der Notenbanken prägten die Anleihemärkte 2023 in Form von hoher Volatilität. Die Rendite der zehnjährigen deutschen Staatsanleihe startete mit 2,56 Prozent ins neue Jahr und veränderte sich im ersten Quartal von 2,07 Prozent über 2,75 Prozent auf 2,10 Prozent bis zum 20. März 2023. Ausschlaggebend waren zunächst Erholungseffekte aus starken Kursverlusten zum Jahresende 2022 in Folge von Kriegs-, Inflations- und Zinsschocks, dann die restriktive Notenbankpolitik in Form von Zinserhöhungen und anschließend die Schieflage von US-Regionalbanken sowie der Credit Suisse. Das Auf und Ab setzte sich im weiteren Verlauf fort. Am 28. September 2023 wurde die maximale Rendite von 2,97 Prozent erreicht, nahezu zeitgleich mit der letzten Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank. Im vierten Quartal erholten sich die Kurse der Anleihen deutlich. Die Rendite der zehnjährigen deutschen Staatsanleihe sank zum Jahresende auf 2,03 Prozent.

US-amerikanische Anleihen verzeichneten bei unterjährigen Volatilitäten im vierten Quartal ebenfalls Kursgewinne, jedoch schlossen die Renditen auf Vorjahresniveau. Die Anleihen folgten hierbei den Erwartungen der Märkte an eine 2024 deutlich sinkende Inflation mit entsprechenden Leitzinssenkungen der US-Notenbank.

Die europäische Gemeinschaftswährung wertete im Verlauf des Jahres 2023 leicht von 1,07 auf 1,10 US-Dollar je EUR auf. Dabei profitierte die Gemeinschaftswährung von der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, deren Leitzinserhöhungen um 100 Basispunkte höher ausfielen als die der US-Notenbank im gleichen Zeitraum. Die Sorge des Übergreifens des russischen Angriffskriegs sowie des kriegsähnlichen Konflikts in Israel auf die europäischen Staaten ließen nach, traten in den Hintergrund und unterstützten somit die Aufwertung des Wechselkurses.

Die Aktienmärkte setzten zum Jahresauftakt die Erholung von Ende 2022 fort. Der Deutsche Aktienindex stieg vom 1. Januar bis zum 9. März um 12,3 Prozent auf 15.633,21 Punkte. Die Schieflage von US-Regionalbanken und der Credit Suisse führte zu einem kurzzeitigen Einbruch der Aktienmärkte, insbesondere der Finanzwerte, jedoch erholten sich die Märkte hiervon rasch. Im Spätsommer kamen die Kurse wieder leicht zurück, nachdem sich die optimistischen Einschätzungen des ersten Halbjahres nicht oder nur teilweise bewahrheitet hatten. Diese Korrektur erreichte ihren Tiefpunkt mit dem Konflikt in Israel. Der Deutsche Aktienindex fiel im Oktober auf 14.716,54 Punkte zurück. Zum Jahresende erholte sich der Deutsche Aktienindex aufgrund sinkender Inflationszahlen und damit verbundener Hoffnung auf Leitzinssenkungen der Notenbanken, womit eine Belebung der Konjunktur im Jahr 2024 verbunden wäre. Der Deutsche Aktienindex schloss mit 16.751,64 Punkten, mithin ein Plus von 20,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im globalen Vergleich entwickelte sich der deutsche Leitindex damit ähnlich zum Euro Stoxx 50 und zum S&P 500.

Regionale Entwicklung im Ruhrgebiet

Die Wirtschaft des Ruhrgebiets konnte sich dem allgemeinen Deutschlandtrend nicht entziehen und sah sich mit gleichen Herausforderungen konfrontiert. Die Unternehmen des Ruhrgebiets beklagten die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die vorrangig in einer nur langsam abflachenden Inflation, einer sinkenden Nachfrage im In- und Ausland sowie gestiegenen Finanzierungskosten begründet lagen. Die heimische Wirtschaft wurde darüber hinaus durch die unverändert hohen Rohstoff- und Energiepreise wie auch steigende Arbeitskosten belastet. Lieferkettenstörungen und der Fachkräftemangel haben sich ebenso auf die Geschäftsrisiken der Unternehmen ausgewirkt. In Summe führten diese Aspekte zu einer Eintrübung der Erwartungen der wirtschaftlichen Entwicklung, nachdem sich die Prognosen im Frühjahr noch deutlich positiver dargestellt hatten.

Hinsichtlich der Einschätzung der aktuellen Lage wie auch der zukünftigen Entwicklung lassen sich branchenspezifische Unterschiede konstatieren. So ist die Industrie ungebrochen von Störungen der Lieferketten betroffen, hat jedoch auch einen Bedarf an Fachkräften. Die hohe Inflation und damit einhergehende Finanzierungsschwierigkeiten belasten die Unternehmen ebenfalls. Die Auftragslage entwickelt sich rückläufig. Im Handel ist eine Eintrübung der ohnehin schon desolaten Lage zu beobachten. Allerdings gehen die Unternehmen für die Zukunft von einer sich leicht verbessernden Geschäftslage aus. Insgesamt stellt sich die Lage für den Großhandel marginal besser dar als für den Einzelhandel. Der Dienstleistungssektor beurteilt die aktuelle wirtschaftliche Lage als zufriedenstellend. Auch der Ausblick fällt vergleichsweise optimistisch aus.

Entwicklung der Mitgliedsbanken des Genoverband e. V.

Durch weitere Zusammenschlüsse innerhalb des Kalenderjahres gehörten dem Genoverband e. V. zum Ende des Geschäftsjahres 2023 insgesamt 301 (Vorjahr 317) Mitgliedsbanken an, zu denen 15 Sonderinstitute zählten. Die addierte Bilanzsumme aller Mitgliedsbanken ohne Sonderinstitute stieg im Geschäftsjahr um 0,8 Prozent (Vorjahr 5,1 Prozent) auf 474,0 Mrd. EUR. Die durchschnittliche Bilanzsumme je Mitgliedsbank hat sich von 1,6 Mrd. EUR auf 1,7 Mrd. EUR erhöht. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich insgesamt um 3,1 Prozent (Vorjahr 7,6 Prozent) auf 320,0 Mrd. EUR. Dabei stellten die langfristigen Kredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren mit 88,3 Prozent des Gesamtbestandes (Vorjahr 88,2 Prozent) den überwiegenden Teil der Kundenforderungen. Die eigenen Wertpapiere (Depot A) wurden im Geschäftsjahr 2023 um 7,1 Prozent (Vorjahr +1,0 Prozent) auf EUR 81,3 Mrd. zurückgeführt. Die Einlagen von Kunden und begebene Schuldverschreibungen stiegen um 0,8 Prozent (Vorjahr 4,8 Prozent) auf 348,5 Mrd. EUR. Bei den Einlagen waren deutliche Verschiebungen weg von den täglich fälligen und den Spareinlagen hin zu den befristeten Einlagen festzustellen. Diese legten um 249,7 Prozent von 19,1 Mrd. EUR auf 66,7 Mrd. EUR zu. Der unverändert hohe Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen betrug 64,1 Prozent, nach 74,2 Prozent im Vorjahr.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Wir planen und steuern die Entwicklung unseres Institutes auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie sowie der jährlichen Operationalisierung der Strategie ableiten lassen, und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen.

Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank ist das Betriebsergebnis vor Bewertung. Dieses setzt sich aus dem Zinsergebnis (inkl. laufender Erträge, GuV 3), dem Provisionsergebnis und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis abzüglich des Personalaufwandes, des Sachaufwandes und der Abschreibungen auf Anlagen zusammen. Für das Jahr 2023 haben wir mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 77,6 Mio. EUR geplant. Durch eine monatliche Überwachung und interne Berichterstattung sind wir fortlaufend über die Ertragskraft der Bank informiert.

Durch Wachstum bei den bilanziellen Kundenkrediten wollen wir unsere Marktposition weiter stärken und die künftige Ertragskraft sichern. Für diesen Leistungsindikator haben wir im Jahr 2023 mit einem Wachstum von 2,25 Prozent geplant.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamste Leistungsindikatoren für die Kapitalausstattung dienen die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote und die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR. Hier haben wir mit einer harten Kernkapitalquote von 14,2 Prozent und einer Gesamtkapitalquote von 15,4 Prozent zum 31. Dezember 2023 geplant.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt in den nächsten Abschnitten.

Als bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikator sehen wir für die nächsten Jahre die Transformation des Bankgeschäftes in die digitale Welt. Hierzu schließen wir uns auch der Digitalisierungsoffensive der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken an und haben das Ziel, mindestens 75 Prozent der als marktgängig zur Verfügung gestellten digitalen Produkte einzuführen. Dieser Leistungsindikator hat für uns an Relevanz verloren, daher ist künftig der bedeutsamste nichtfinanzielle Leistungsindikator die Freischaltungsquote der Kund*innen zur Nutzung der digitalen Kanäle.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Entwicklung der bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2023

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung verbesserte sich, getrieben durch das deutlich gestiegene Zinsergebnis, von 66,8 Mio. EUR um 22,9 Prozent auf 82,1 Mio. EUR. Unsere Planungen, die von einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 77,6 Mio. EUR ausgegangen waren, wurden somit um 4,5 Mio. EUR übertroffen.

Bei den Kundenforderungen haben wir eine Steigerung um 2,25 Prozent erwartet. Nachdem in den Vorjahren deutlich höhere Wachstumsraten erzielt wurden, konnten die Kundenforderungen in diesem Jahr nur um 1,4 Prozent auf 7.694,7 Mio. EUR ausgeweitet werden.

Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen werden weiterhin deutlich erfüllt, wenngleich sich aufgrund der Ausweitung der risikogewichteten Aktiva die harte Kernkapitalquote um 0,5 Prozentpunkte auf 14,1 Prozent und die Gesamtkapitalquote um ebenfalls 0,5 Prozentpunkte auf 15,3 Prozent ermäßigt haben. Die Kapitalquoten zum Jahresende unterschritten unsere prognostizierten Werte marginal um jeweils 0,1 Prozent.

Bei unserem wichtigsten nichtfinanziellen Leistungsindikator, der digitalen Transformation, haben wir sowohl im Kundengeschäft als auch im internen Bereich Fortschritte erzielt. Für unsere Privatkund*innen wie auch für unsere Firmenkund*innen konnten wir neue digitale Dienste einführen. Unsere Vorgabe, mindestens 75,0 Prozent der als marktgängig zur Verfügung gestellten digitalen Produkte der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken einzuführen, haben wir mit einer Umsetzungsquote von 78,0 Prozent übererfüllt.

	Berichtsjahr	2022	Veränderung zu 2022	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	10.541.325	10.181.396	359.929	3,5
Außerbilanzielle Geschäfte *)	663.716	670.041	-6.325	-0,9

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten) und 2 (Andere Verpflichtungen).

Ursächlich für den Anstieg der Bilanzsumme um 3,5 Prozent war das erfolgreiche Einwerben von Kundeneinlagen. Hier konnte ein Zuwachs bei den Kundeneinlagen von 5,0 Prozent oder 365,4 Mio. EUR erzielt werden. Dieser Zuwachs ermöglichte es, die Kreditvergabe an Kund*innen um 107,8 Mio. EUR, was 1,4 Prozent entspricht, auszuweiten. Da die Kreditnachfrage nicht mit dem Wachstum der Kundeneinlagen Schritt halten konnte, wurden aus den weiteren Mittelzuflüssen Eigenanlagen in Wertpapieren getätigt. Diese Position erfuhr einen Anstieg von 19,7 Prozent oder 266,3 Mio. EUR.

Die außerbilanziellen Geschäfte bewegten sich leicht unter Vorjahresniveau. Hier schlug der Branchentrend der deutlich rückläufigen Nachfrage nach privaten Baufinanzierungen zu Buche. Die unwiderruflichen Kreditzusagen haben sich um 15,4 Mio. EUR auf 506,2 Mio. EUR verringert.

Ferner bestanden noch nicht abgewickelte Devisentermingeschäfte mit Kund*innen in Höhe von nominal 129,9 Mio. EUR, für die zur Deckung von Wechselkursschwankungen gegenläufige Geschäfte abgeschlossen wurden. Als weitere, außerbilanzielle Geschäfte hatten wir Derivate in Form von Zinsswap-Geschäften in einem Volumen von nominal 867,3 Mio. EUR im Bestand. Diese wurden zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Zinsbuch der Bank abgeschlossen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2022	Veränderung zu 2022	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	7.694.717	7.586.877	107.840	1,4
Wertpapieranlagen	1.617.687	1.351.364	266.323	19,7
Forderungen an Kreditinstitute	623.196	637.607	-14.411	-2,3

Im Geschäftsjahr konnte das Kundenkreditgeschäft, insbesondere im Bereich der gewerblichen Kreditvergaben, um 107,8 Mio. EUR oder 1,4 Prozent leicht ausgebaut werden. Hingegen hat sich das Kreditgeschäft mit Privatkund*innen geringfügig rückläufig entwickelt. Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes liegt im Bereich der Firmenkund*innen, die 68,1 Prozent unseres Kreditportfolios ausmachen. Größte Branche ist das Grundstücks- und Wohnungswesen, welche einen Anteil von 33,2 Prozent des gesamten Kundenkreditvolumens auf sich vereint.

Die Ausweitung der Wertpapieranlagen um 19,7 Prozent ist insbesondere dem Zufluss der Kundeneinlagen geschuldet, die nicht im Kundenkreditgeschäft platziert werden konnten und somit rentabel in Wertpapieren angelegt wurden. Wertpapierabgängen in Höhe von 93,0 Mio. EUR standen Wertpapierkäufe in Höhe von 353,2 Mio. EUR entgegen. Es waren Zuschreibungen von 3,4 Mio. EUR auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve vorzunehmen.

Die Entwicklung der leicht reduzierten Forderungen an Kreditinstitute ist stichtagsbezogen. Eine nachhaltige Entwicklung der Positionen in die eine oder andere Richtung ist nicht zu konstatieren.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2022	Veränderung zu 2022	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.518.332	1.500.423	17.909	1,2
Spareinlagen	1.440.782	1.813.276	-372.494	-20,5
andere Einlagen	6.215.978	5.478.073	737.905	13,5
verbriefte Verbindlichkeiten	246.903	322.038	-75.135	-23,3

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben die Ausweitung der Refinanzierung von ausgereichten Förderkrediten sowie die langfristigen Geldaufnahmen zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken die Fälligkeit eines Tendergeschäfts mit der Deutschen Bundesbank leicht überkompensiert. Aufgrund der deutlich gestiegenen Einlagen waren darüber hinaus keine Mittel aufzunehmen.

Während die Kundeneinlagen einen unverändert hohen Anteil von 72,6 Prozent (Vorjahr 71,6 Prozent) an der Bilanzsumme haben, hat die Struktur der Einlagen eine Änderung erfahren. Die marktkonforme Verzinsung im Allgemeinen sowie, dem Fördergedanken Rechnung tragend, die attraktive Verzinsung der Mitgliederprodukte im Speziellen, haben die Einlagen merklich ansteigen lassen. Der Trend der letzten Jahre, die verstärkte Haltung von täglich verfügbarem Guthaben, konnte gebrochen und umgekehrt werden. Die Steigerung der befristeten Einlagen um 156,7 Prozent erfolgte dabei auch zu Lasten der Spar- und Sichteinlagen, die sich um 20,5 Prozent respektive 13,6 Prozent reduzierten. Der Anteil der Sichteinlagen an den gesamten Einlagen ist mit 52,0 Prozent (Vorjahr 63,2 Prozent) zwar deutlich rückläufig, aber unverändert hoch.

Der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten resultiert aus einer in 2023 fälligen Schuldverschreibung. Aufgrund des Einlagenzuflusses wurde keine Notwendigkeit gesehen, neue Schuldverschreibungen aufzulegen.

Dienstleistungsgeschäft

Im Dienstleistungsgeschäft stand die Durchführung des Zahlungsverkehrs und die Vermittlung von Wertpapieren, Immobilien, Krediten, Versicherungen und Bausparverträgen für unsere Mitglieder und Kund*innen im Vordergrund unserer Geschäftstätigkeit. In den bei der Bank gehaltenen Depots hat sich das Umsatzvolumen im Kundenwertpapiergeschäft im Jahr 2023 um 22,6 Prozent signifikant erhöht. Ausschlaggebend waren die um 247,2 Prozent gestiegenen Umsatzvolumen in festverzinslichen Wertpapieren. Diese haben den geringen Rückgang der Transaktionsvolumina in Aktien von 16,6 Prozent und Fonds von 5,3 Prozent somit überkompensiert. Wir konnten uns dem Markttrend, der deutlich rückläufige Zahlen für die Immobilienvermittlung zeigt, entziehen und haben die Vorjahreszahlen im Wesentlichen bestätigen können. Die Anzahl der vermittelten Immobilien konnten wir sogar um 2,6 Prozent ausbauen, die aggregierten Kaufpreise hingegen haben sich um 4,6 Prozent vermindert. Die Bestände der an Hypothekenbanken vermittelten Darlehen konnten um deutliche 11,5 Prozent ausgeweitet werden. Auch das Volumen der an die TeamBank AG vermittelten Konsumentenkredite konnte um 4,7 Prozent gesteigert werden, was in Summe zu um 6,3 Prozent höheren Beständen führte. Die vermittelte bewertete Beitragssumme im Personenversicherungsgeschäft ist bei einem Rückgang von 2,7 Prozent nahezu konstant geblieben, bei den Sachversicherungen konnten die Vertriebsleistungen um 12,9 Prozent deutlich gesteigert werden. Bedingt durch das gestiegene Zinsniveau konnte das Bauspargeschäft deutlich belebt werden. Die Anzahl der vermittelten Verträge ist um 26,7 Prozent gestiegen, die vermittelte Bausparsumme konnte sogar um 58,5 Prozent ausgebaut werden.

Personal- und Sozialbereich

Dem Fachkräftemangel trotzend, belief sich die Gesamtzahl der Mitarbeitenden zum Jahresende 2023 auf 1.248 (Vorjahr 1.199). Die Anzahl der Teilzeitkräfte betrug 382 (Vorjahr 354), die Zahl der Auszubildenden 90 (Vorjahr 81). Um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden, haben wir unsere Mitarbeiter*innen an 5.254 Tagen (Vorjahr 3.637 Tage) stundenweise oder auch ganztätig zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen freigestellt. Im Rahmen des von der Bank in 2022 initiierten Programms für Quereinsteiger*innen wurde auch ein Schulungskonzept implementiert, welches die Quereinsteiger*innen schnell befähigen soll, banktypische und -spezifische Tätigkeiten eigenverantwortlich durchzuführen. Auch wurde nach zwei Fusionen in der jüngeren Vergangenheit ein verstärktes Augenmerk auf die Führungskräfteentwicklung gelegt, was ebenfalls zu einer Ausweitung der Fortbildungstage geführt hat.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2022	Veränderung zu 2022	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	171.138	141.875	29.263	20,6
Provisionsüberschuss ²⁾	57.847	56.691	1.156	2,0
Sonstige betriebliche Erträge	10.534	9.509	1.025	10,8
Verwaltungsaufwendungen	143.151	127.769	15.382	12,0
a) Personalaufwendungen	87.785	76.834	10.951	14,3
b) andere Verwaltungs- aufwendungen	55.366	50.935	4.431	8,7
Sonstige betriebliche Aufwen- dungen	4.809	4.393	416	9,5
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	82.145	66.840	15.305	22,9
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-22.809	-15.839	-6.970	44,0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	59.336	50.999	8.337	16,3
Steueraufwand	17.203	17.301	-98	-0,6
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	25.000	21.100	3.900	18,5
Jahresüberschuss	17.133	12.598	4.535	36,0

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12 sowie abzüglich GuV-Posten 17

⁴⁾ Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Unser Ergebnis hat sich wie folgt entwickelt:

Das deutlich gestiegene Zinsniveau, initiiert durch die Mitte des Jahres 2022 begonnenen Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank, schlägt sich auch in unserem Zinsergebnis nieder, das um 20,6 Prozent zugelegt hat. Die Zinserträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 49,0 Prozent. Im Kundengeschäft konnten Zinsbindungsausläufe zu höheren Zinssätzen prolongiert werden, bei den ausgeweiteten Eigenanlagen in Wertpapieren konnten höher verzinsliche Titel erworben werden und im Interbankengeschäft wirkte sich das Zinsniveau bei den getätigten Kurzfristanlagen ebenfalls positiv auf den Zinsertrag aus. Die als Zinssicherungsgeschäfte abgeschlossenen Zinsswaps, deren Zinscashflows im Vorjahr noch im Zinsaufwand zu zeigen waren, trugen ebenfalls nennenswert zum verbesserten Zinsertrag bei. Im Gegenzug haben sich die Zinsaufwendungen, von einer geringen Basis kommend, um 162,9 Prozent erhöht. Während die Zinsaufwendungen aus dem Interbankengeschäft nahezu konstant geblieben sind, ist die Erhöhung maßgeblich auf die marktgerechte Verzinsung der Einlageprodukte sowie die insgesamt gestiegenen Kundeneinlagen zurückzuführen. Die laufenden Erträge konnten um 12,4 Prozent gesteigert werden. Dies resultiert vornehmlich aus verbesserten Erträgen aus dem bankeigenen Spezialfonds.

Der Wachstumspfad unseres Provisionsergebnisses konnte trotz des in Teilen widrigen Marktumfeldes gehalten werden. Nach einem Wachstum von 2,6 Prozent im Vorjahr konnte in 2023 ein Anstieg des Provisionsergebnisses von 2,0 Prozent verzeichnet werden. Wesentlich hierzu beigetragen haben die Bereiche des Wertpapiergeschäftes und des Bausparens, die vom gestiegenen Zinsniveau profitieren konnten. Hier konnten Wachstumsraten von 11,1 Prozent beziehungsweise von 85,3 Prozent erzielt werden. Der Zahlungsverkehr (inklusive Kontoführung), der eine nennenswerte Ergebniskomponente dieser Position darstellt, entwickelte sich mit Zuwächsen von 2,0 Prozent konform der Steigerung des Provisionsertrags. Die Erträge aus der Kreditvermittlung sind mit 30,6 Prozent rückläufig. Hierfür ursächlich ist ebenfalls das gestiegene Zinsniveau und die daraus resultierende geringere Nachfrage nach Bau- und Immobilienfinanzierungen im Plattformgeschäft. Die Erträge aus der Vermittlung von Immobilien sowie von Versicherungen bewegen sich bei Rückgängen von 3,8 Prozent und 1,3 Prozent etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten zu 58,3 Prozent (Vorjahr 56,8 Prozent) Mieterträge. Hierin spiegelt sich die strategische Entscheidung der Vorjahre wider, in begrenztem Umfang in Renditeimmobilien zu investieren und so eine weitere Ertragsquelle zu generieren. Die Ausweitung der Mieterträge resultiert insbesondere aus Fertigstellungen von Renditeimmobilien im Laufe des Jahres 2022, so dass uns die Mieterträge erst in 2023 für volle zwölf Monate zugeflossen sind. In Summe konnten die sonstigen betrieblichen Erträge um 10,8 Prozent gesteigert werden. Zu unseren Gunsten haben sich auch die gestiegenen Erträge aus der Abzinsung von Pensionsrückstellungen ausgewirkt, die insbesondere Folge der Anpassung der Berechnungsparameter sind.

Der nennenswerte Anstieg der Personalaufwendungen von 14,3 Prozent entfällt etwa hälftig auf laufende Lohn- und Gehaltszahlungen und zur anderen Hälfte auf die Pensionszusagen. Die Steigerung der Lohn- und Gehaltszahlungen resultiert aus der Tarifierhöhung von 3,2 Prozent per Januar 2023, aus der gestiegenen Anzahl an Mitarbeiter*innen sowie der Zahlung eines Teilbetrages der steuer- und sozialabgabenfreien Inflationsausgleichsprämie. Bei den erhöhten Aufwendungen für die Pensionszusagen haben wir die Entwicklung der Inflationsrate und die Tarifabschlüsse der jüngeren Vergangenheit zum Anlass genommen, unsere den Pensionsgutachten zu Grunde liegenden Trendannahmen moderat nach oben anzupassen.

Der Sachaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,7 Prozent erhöht. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen in der Tiefgarage der Hauptstelle in Dortmund sowie sonstige Instandhaltungen zurückzuführen. Einen ähnlich hohen Anteil an der Steigerung der Kosten trägt der Bereich der Datenverarbeitung und hier insbesondere das Rechenzentrum bei. Umfangreichere Werbemaßnahmen sowie gestiegener Aus- und Fortbildungsaufwand wirken sich ebenfalls kostensteigernd aus. Gegenläufig und somit kostensenkend hat sich der Beitrag für die Bankenabgabe ("Beitrag für den einheitlichen Abwicklungsfonds") entwickelt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind maßgeblich beeinflusst durch die Aufwendungen für die Abzinsung der Pensionsrückstellungen, die 52,7 Prozent der Position ausmachen. Auch wenn der relevante Diskontierungszins, abweichend zu den Vorjahren, gestiegen ist, waren aufgrund der Parameteränderungen nennenswerte Zuweisungen im Personalaufwand zu zeigen, die einen entsprechenden Abzinsungsaufwand zur Folge hatten. In Summe hat sich der Abzinsungsaufwand durch die kompensierenden Effekte leicht rückläufig entwickelt. Die Veränderung zum Vorjahr ist im Wesentlichen durch die Kosten der Beseitigung der Folgen der Geldautomatensprengungen an zwei Standorten entstanden.

Das Bewertungsergebnis stellt sich uneinheitlich dar. Bei den im Umlaufvermögen gehaltenen Eigenanlagen konnten aufgrund des Zinsniveaus zum Jahresende, in Verbindung mit kürzeren Restlaufzeiten der gehalten Wertpapiere, Zuschreibungen vorgenommen werden. Im Vorjahr waren in nennenswertem Umfang Abschreibungen notwendig. In Summe resultierte aus den Eigenanlagen eine Entlastung des Bewertungsergebnisses. Anders verhielt es sich im Kreditgeschäft. Hier überstiegen die Bewertungsaufwendungen die Bewertungserträge, so dass nicht nur das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft negativ ist, sondern auch das gesamte Bewertungsergebnis.

Unverändert stellt das Zinsergebnis die wesentliche Ergebniskomponente eines Jahresabschlusses einer Bank dar. Durch das um 20,6 Prozent verbesserte Zinsergebnis können gestiegene Verwaltungsaufwendungen und ein sich schlechter darstellendes Bewertungsergebnis aufgefangen werden. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit stellt sich mit einer Steigerung von 16,3 Prozent deutlich positiver dar als noch im Vorjahr. Es wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zur Stärkung des Eigenkapitals und somit auch der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel ein Betrag von 25,0 Mio. EUR (Vorjahr 21,1 Mio. EUR) zugeführt. Der nach Steueraufwendungen verbleibende Jahresüberschuss soll für eine angemessene Rücklagendotierung auf Niveau des Vorjahres und für eine Dividendenzahlung von 3,0 Prozent (Basisdividende) zuzüglich einer Sonderdividende von 1,25 Prozent wegen des 125-jährigen Bestehens der Bank verwandt werden.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur ist unverändert durch den hohen Anteil der Kundeneinlagen einschließlich der verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von 74,9 Prozent (Vorjahr 74,8 Prozent) der Bilanzsumme geprägt. Die Kundeneinlagen sind breit gestreut.

Die Refinanzierung bei Banken beläuft sich auf 14,4 Prozent (Vorjahr 14,7 Prozent) der Bilanzsumme. Dabei dienen 60,9 Prozent (Vorjahr 57,8 Prozent) der Bankenrefinanzierungen der Finanzierung konkreter Förderkredite. In den Jahren 2020 und 2021 haben wir je ein längerfristiges Refinanzierungsgeschäft mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von jeweils 50,0 Mio. EUR abgeschlossen. In Abhängigkeit von der Ausweitung unseres Kreditgeschäftes profitieren wir von sich für uns günstiger darstellenden Zinskonditionen. Eines dieser Refinanzierungsgeschäfte haben wir im Berichtsjahr zurückgeführt.

Das bilanzielle Eigenkapital (Passivposten 12) zuzüglich des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB (Passivposten 11) beträgt 9,1 Prozent (Vorjahr 9,0 Prozent) der Bilanzsumme.

Fremdwährungen haben für die Kapitalstruktur der Bank mit einem leicht rückläufigen Anteil von 1,0 Prozent (Vorjahr 1,1 Prozent) der Bilanzsumme weiterhin eine untergeordnete Bedeutung und dienen, abgesehen von Sortenbeständen und Währungsspitzen, lediglich der Absicherung von Währungsrisiken aus Kundengeschäften.

Wesentliche Veränderungen einzelner Positionen auf der Passivseite der Bilanz im Verhältnis zur Bilanzsumme sind nicht festzustellen. Die Kundeneinlagen haben sich geringfügig zu Lasten der verbrieften Verbindlichkeiten, bei denen trotz Fälligkeiten keine neuen Tranchen emittiert wurden, erhöht.

Liquidität

Die Liquiditätslage stellt sich wie folgt dar:

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung. Durch unsere Refinanzierungsstruktur besteht eine weitgehende Unabhängigkeit von Entwicklungen am Geld- und Kapitalmarkt.

Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit gegeben. Sowohl für die Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch für die Net Stable Funding Ratio (NSFR) liegt die aufsichtsrechtliche Mindestanforderung bei 100,0 Prozent, die an keinem Bankarbeitstag unterschritten werden darf. Die monatlichen Meldungen der LCR wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 134,0 Prozent aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 164,8 Prozent. Die quartalsweise zu meldende NSFR betrug zum Jahresultimo 124,1 Prozent; der niedrigste gemeldete Wert von 122,2 Prozent war im September zu verzeichnen.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf hochliquide Aktiva und ausreichende Liquiditätsreserven in Form von Bankguthaben zurückgreifen. Durch die Einbindung in die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken und durch die Refinanzierungsfazilitäten der Europäischen Zentralbank bestehen weitere Refinanzierungsmöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund war die Fähigkeit der Kreditgenossenschaft zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit gesichert.

Investitionen

Auch im Geschäftsjahr konnten wir unser Immobilienportfolio aufstocken. Wir haben ein wohnwirtschaftliches Renditeobjekt in Dortmund im Wert von 9,1 Mio. EUR fertiggestellt. Daneben haben wir auf der Dachfläche eines in unserem Eigentum befindlichen Fachmarktzentrums eine Photovoltaikanlage mit einer Gesamtleistung von rund 600 kWp errichtet.

Im Jahr 2024 werden wir diverse weitere PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 205 kWp auf unseren Gebäuden installieren und so dem Aspekt der Nachhaltigkeit weiter Rechnung tragen. Darüber hinaus planen wir für 2024 den Beginn von vier Baumaßnahmen in unserem Geschäftsgebiet. Die projektierten Objekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen um 20,0 Mio. EUR werden im Wesentlichen wohnwirtschaftlich genutzt.

c) Vermögenslage

Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder und erwirtschafteten Rücklagen. Im Geschäftsjahr wurde das Eigenkapital durch Zuführung zu den Rücklagen und zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB gestärkt. Das bilanzielle Eigenkapital (Passivposten 12) hat sich von 609,0 Mio. EUR auf 623,1 Mio. EUR per 31. Dezember 2023 erhöht. Dieses entspricht 5,9 Prozent der Bilanzsumme. Durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB (Passivposten 11) in Höhe von 25,0 Mio. EUR wurde dieser Bestand auf 334,2 Mio. EUR ausgeweitet, was 3,2 Prozent der Bilanzsumme entspricht.

Die relevanten Vorgaben des KWG sowie der CRR zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wurden eingehalten.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG, ermittelt als Verhältnis des ausgewiesenen Jahresüberschusses nach Steuern zur Bilanzsumme, beläuft sich auf 0,16 Prozent (Vorjahr 0,12 Prozent).

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2022	Veränderung zu 2022	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	957.375	918.281	39.094	4,3
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	983.243	949.802	33.441	3,5
Harte Kernkapitalquote	14,1 %	14,6 %		
Kernkapitalquote	14,1 %	14,6 %		
Gesamtkapitalquote	15,3 %	15,7 %		

¹⁾ Hierzu rechnen die Passivposten 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	1.518.370	1.227.173	291.197	23,7
Liquiditätsreserve	99.317	124.191	-24.874	-20,0

Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 77,4 Prozent auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 22,6 Prozent auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6). Sämtliche Zugänge, auch die, die aus der Wiederanlage fälliger Wertpapiere der Liquiditätsreserve getätigt wurden, wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Entsprechend ist eine Verschiebung zu Gunsten des Anlagevermögens festzustellen.

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere im Aktivposten 5 wurden überwiegend dem Anlagevermögen zugeordnet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Anschaffungskosten über pari wurden linear über die Restlaufzeit bis zum Einlösungskurs abgeschrieben.

Der Buchwert der nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapieranlagen des Aktivpostens 5 beträgt 1.153,3 Mio. EUR, der beizulegende Zeitwert der Papiere beläuft sich auf 1.106,9 Mio. EUR. Hierbei stehen stillen Reserven von 13,4 Mio. EUR (Vorjahr 0,1 Mio. EUR) unterlassene Abschreibungen von 53,0 Mio. EUR (Vorjahr 98,6 Mio. EUR) entgegen. Von Abschreibungen konnte abgesehen werden, da es sich um keine voraussichtlich dauernden Wertminderungen handelt.

Unsere festverzinslichen Wertpapiere wurden von Emittenten mit Investmentgrade emittiert. Davon entfallen 149,2 Mio. EUR auf öffentliche Emittenten, 1.009,0 Mio. EUR auf Kreditinstitute und 93,3 Mio. EUR auf Nichtbanken. Alle Wertpapiere lauten auf EUR und wurden überwiegend von inländischen Emittenten aufgelegt. Wesentliche Veränderungen in der Struktur sowie Bonitätseinstufung bei den Wertpapieranlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht ergeben. Im Wertpapierbestand enthalten sind Werte mit einer Nachrangklausel in Höhe von 26,5 Mio. EUR. Sie sind dem Anlagevermögen zugeordnet.

Der Aktivposten 6 beinhaltet nahezu ausschließlich Anteile am institutseigenen Spezialfonds. Er ist dem Anlagevermögen zugeordnet und wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Alle weiteren Positionen des Aktivpostens 6 werden in der Liquiditätsreserve geführt und unterliegen damit dem strengen Niederstwertprinzip.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zum Vorjahr, aber auch zur ursprünglichen Planung, als zufriedenstellend.

Das Wachstum des für die Bank wichtigsten Geschäftsbereichs, dem Geschäft mit Kund*innen überwiegend aus der Region, setzte sich fort. Sowohl im Kreditgeschäft als auch im Einlagengeschäft konnten teilweise nennenswerte Zuwächse erzielt werden, wenngleich im Kreditgeschäft die Erwartungen aus der Eckwertplanung nicht ganz erreicht wurden.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr übererfüllt wurden. Unsere Prognose wurde hinsichtlich der harten Kern- und der Gesamtkapitalquote marginal um 0,1 Prozentpunkte verfehlt. Für erkennbare und erhöht latente Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen und Rückstellungen gebildet. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen worden. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven in ausreichender Höhe.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Prägend für die Ertragslage war der sowohl über dem Vorjahreswert als auch über dem Planwert liegende Zinsüberschuss. Eine Steigerung von 20,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr konnte andere Bereiche, die sich für uns nachteilig entwickelt haben, mehr als kompensieren. Dieses hat zur Folge, dass sich unser Betriebsergebnis vor Bewertung um 15,3 Mio. EUR besser darstellt als im Vorjahr bzw. um 4,5 Mio. EUR besser als prognostiziert. Zu unseren Gunsten lagen wir beim Provisionsüberschuss um 1,1 Prozent über unseren Prognosen, bei den sonstigen betrieblichen Erträgen um 6,5 Prozent. Ergebnisbelastend haben sich hingegen die Planüberschreitungen bei den Personalaufwendungen von 11,2 Prozent, den sonstigen Verwaltungsaufwendungen von 7,9 Prozent und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewirkt.

C. Risikobericht

Risikomanagementsystem und -prozess

Unsere im Organisationshandbuch dokumentierte Geschäfts- und Risikostrategie basiert auf einem Strategieprozess und ist ausgerichtet auf das Kundengeschäft mit Mitgliedern und Kund*innen aus unserer Region. Wesentliche Bestandteile der Geschäftsstrategie sind die aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleiteten Teilstrategien für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten, den Vertrieb und die Handelsgeschäfte.

Konsistent zu unserer Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung unserer Mitglieder und Kund*innen im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von fünf Jahren, steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Die Annahmen für die Markt- und Volumensentwicklungen erfolgen hierbei durch Expert*innen auf Basis von Marktprognosen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR-Control ermittelt.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des von uns festgelegten Strategieprozesses regelmäßig und ggf. anlassbezogen überprüft. Das von uns verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategie(über)prüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Ziel unserer Risikostrategie ist nicht die vollständige Vermeidung von Risiken, sondern das bewusste Eingehen von Risiken. Zur Steuerung von Risiken setzt die Bank die Risikovermeidung, die Risikoverminderung, die Risikoüberwälzung oder die Risikodiversifikation ein. Dabei wird zwischen einzelgeschäftszugehörigen Maßnahmen und gesamtgeschäftszugehörigen Maßnahmen differenziert.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft sehen wir dies als eine zentrale Aufgabe an. Die zuständigen Organisationseinheiten Controlling und Kreditrisikomanagement berichten unmittelbar an den Vorstand. In diesem Rahmen ist ein Risikocontrolling- und Managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können.

Unsere Entscheidungsträger*innen werden durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können.

Ziel des Risikomanagements unserer Bank ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit der Bank unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie.

Zur Bestimmung unserer Risikotragfähigkeit haben wir zum 1. Januar 2023 auf die normative und ökonomische Perspektive als komplementäre, sich ergänzende Ansätze umgestellt. Unsere zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen somit das Ziel der Fortführung unseres Instituts (normative Perspektive), als auch den Schutz unserer Gläubiger*innen vor Verlusten aus ökonomischer Sicht (ökonomische Perspektive).

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungsansatz darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen. Ebenso zählen hierzu Strukturanforderungen in Bezug auf das Kapital wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf mit der Einhaltung der Kapitalquoten einhergeht und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von fünf Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen wie Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger*innen ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Ausgangspunkt bei der barwertigen Ermittlung des Risikodeckungspotenzials ist grundsätzlich der Barwert (Marktwert) sämtlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dabei werden auch außerbilanzielle Größen berücksichtigt.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses einmal im Jahr unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk (VaR)-Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent mit einem Risikobetrachtungshorizont von einem Jahr. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß nach dem 99,9 Prozent-Quantil entspricht. Die Risikoaggregation erfolgt ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten additiv.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

In der normativen Perspektive wird das Ziel verfolgt, kurzfristig und in unserer mehrjährigen Geschäftsplanung die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen einzuhalten. Dazu werden hochliquide Vermögenswerte den aufsichtsrechtlichen Nettomittelabflüssen gegenübergestellt. Für die Steuerung der normativen Liquiditätstragfähigkeit verwenden wir die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR).

Das bankintern festgelegte Mindestniveau der LCR beträgt 110,0 Prozent. Die LCR betrug zum Berichtsstichtag 164,8 Prozent.

Zusätzlich wird die Net Stable Funding Ratio (NSFR) als normative Mindestgröße in der Banksteuerung berücksichtigt. Diese zeigt das Verhältnis von verfügbarer zur erforderlicher stabiler Refinanzierung auf.

Die NSFR betrug zum Berichtsstichtag 124,1 Prozent.

In der ökonomischen Perspektive werden neben der Plan-Liquiditätsablaufbilanz monatlich Stress-Liquiditätsablaufbilanzen erstellt. Diese berücksichtigen die Liquiditätsauswirkungen von institutseigenen und marktweiten Ursachen sowie eine Kombination daraus. Wir haben einen Mindest-Überlebenshorizont von zwölf Monaten für die steuerungsrelevante Stress-Liquiditätsablaufbilanz (Kombinationsszenario) definiert, welcher im Berichtszeitraum nicht unterschritten wurde.

Die Risikomanagementziele und -strategien werden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind dem Profil und der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk.

Risiken

Als Risiko definieren wir die negative Abweichung vom erwarteten Ergebnis bzw. Planwert aufgrund von Unsicherheit. Zur Beurteilung der Wesentlichkeit von möglichen Risiken verschafft sich unsere Geschäftsleitung, einmal im Jahr im Rahmen der Risikoinventur sowie anlassbezogen, einen Überblick über die Risiken unserer Bank auf Gesamtinstitutsebene. Dabei werden auch übergreifende Risiken wie das Modell-, Reputations- und Nachhaltigkeitsrisiko sowie Risikokonzentrationen in der Wesentlichkeitsbewertung der einzelnen Risikoklassen berücksichtigt.

Zum Abschlussstichtag werden das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko sowie das Liquiditätsrisiko als wesentliche Risiken bewertet.

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von einem Jahr zu Grunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von einem Jahr nicht vor.

Adressenausfallrisiken bzw. Kreditrisiko

Das Kreditrisiko beschreibt die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, von Ratingmigrationen und/oder der adressbezogenen Spreadveränderungen entstehen. Es umfasst das Kreditrisiko im Kundengeschäft, im Eigengeschäft sowie in Beteiligungen.

Das Kreditrisiko stufen wir als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein. Auf Grundlage der Risikoinventur unseres Instituts kann das Risiko mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten und hat ein hohes Schadenspotenzial mit entsprechend wesentlicher Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Zur Steuerung des Kreditrisikos setzen wir im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements ein (im wesentlichen VR-Rating). Zur Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet die Bank vorrangig die Verfahren der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Um die Spezifika der einzelnen Kundensegmente abbilden zu können, sind für unterschiedliche Kundensegmente separate Ratingverfahren im Einsatz.

Bei den Eigenanlagen nutzen wir für Wertpapiere die Ratinginformationen der DZ BANK AG auf Basis externer Ratingagenturen und bei den Fonds die Risikoinformationen der Fondsgesellschaften Union Investment und Hansainvest. Auch hier werden die Risikoentwicklungen im Rahmen von VR-Control über ein Portfoliomodell überwacht. Turbulenzen an den Finanzmärkten begegnen wir durch eine breite Streuung der Eigenanlagen, Diversifikation in viele Anlageklassen und Beschränkung auf gute Bonitäten.

Gemäß unseren Grundsätzen zur Risikosteuerung nehmen wir zur Absicherung von Kreditrisiken werthaltige Sicherheiten herein. Ratingnoten und Sicherheiten fließen in alle relevanten Kreditprozesse ein - von der Kreditvergabe bis zur Kreditüberwachung.

Neben der Steuerung von Kreditrisiken auf Kundenebene, nehmen wir die Steuerung auch auf Portfolioebene vor. Zu diesem Zweck ist ein Limitsystem, unter anderem bezogen auf die Risikokonzentration in Branchen implementiert. Im Rahmen der Kreditrisikosteuerung wird das Portfolio sowohl nach Bonitätsklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten und weiteren Risikotreibern sowie deren Entwicklung analysiert und die Einhaltung des Limitsystems überwacht. Zur Begrenzung der Einzelemittentenrisiken werden vom Vorstand kombinierte Kontrahenten- und Emittentenlimite ("Geschäftspartnerlimite") beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat werden regelmäßig über die Entwicklung des Portfolios sowie über die Auslastung der Einzel- und Strukturlimite informiert. Die Informationsweitergabe an den Vorstand erfolgt monatlich, an den Aufsichtsrat quartalsweise.

Daneben stellen die Mindestanforderungen an die Kreditvergabe risikobegrenzende Maßnahmen beim Einzelgeschäft dar. Kreditentscheidungen werden in Abhängigkeit vom Risikogehalt über unterschiedliche Kompetenzstufen getroffen. Die Bewertung der Kreditengagements und gegebenenfalls die Bildung einer Risikovorsorge erfolgen in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Vorschriften. Als zentrales Kriterium für die Prüfung der akuten Ausfallrisiken wird die Nachhaltigkeit der Kapitaldienstfähigkeit herangezogen. Die Bank prüft die Bildung von Risikovorsorge bei Vorliegen von Frühwarnsignalen und Ausfallkriterien. Sanierungsbedürftige und notleidende Engagements werden in einem marktunabhängigen Bereich betreut bzw. überwacht.

Wir ermitteln monatlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Kundengeschäfte (KPM-KG) barwertig einen unerwarteten Verlust (Credit-Value-at-Risk, CVaR) aus dem Kundenkreditgeschäft. Die Berechnung erfolgt auf Basis von Kreditrisikoprämien in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die modellierten Verluste auf Basis des Loss Given Default-Modells (LGD-Modells) als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Sektorparameter zugrunde liegen.

Auf dieser Basis ergibt sich zum 31. Dezember 2023 ein CVaR für das Kundenkreditgeschäft für die nächsten zwölf Monate in Höhe von 69,2 Mio. EUR. Das entspricht einer Limitauslastung von 86,5 Prozent.

Das Kreditrisiko bei Eigenanlagen wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption der Bank monatlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG) ermittelt. Grundlage der Berechnungen sind verschiedene Marktpartnersegmente, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen. Die Ermittlung des in der Risikomessung angesetzten unerwarteten Verlustes (Risikoszenario) basiert auf einer Haltedauer von 250 Handelstagen.

Für das Eigengeschäft ergibt sich auf dieser Basis zum 31. Dezember 2023 ein CVaR für die nächsten zwölf Monate in Höhe von 53,8 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 89,7 Prozent.

Den unerwarteten Verlust für die Beteiligungsrisiken (CVaR) ermitteln wir anhand eines Multiplikator-Ansatzes, basierend auf den Beteiligungswerten. Der CVaR für die Beteiligungsrisiken beträgt zum 31. Dezember 2023 42,0 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 93,4 Prozent.

Adressenausfallrisiken aus Fonds werden mittels einer von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Ex-ante-VaR-Kennziffer berücksichtigt, die nur das Adressenausfallrisiko abbildet. Der VaR für Adressenausfallrisiken aus Fonds beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf 14,6 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 73,0 Prozent.

Zum 31. Dezember 2023 ist das Limit für Adressenausfallrisiken bzw. Kreditrisiken von 205,0 Mio. EUR zu 87,6 Prozent ausgelastet.

Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken

Das Marktrisiko beschreibt die Gefahr, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste entstehen können. Marktrisiken umfassen Zins-, Aktien-, Immobilien- und Währungsrisiken sowie sonstige Marktrisiken.

Das Marktrisiko stuft die Bank anhand der Risikoinventur als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein, mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem hohen potenziellen Schaden, der sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich auswirken kann.

Im Rahmen der ökonomischen Risikomessung des Zinsrisikos berechnen wir monatlich einen VaR, der auf einem historischen Zeitraum basiert. Als Szenariotechnik verwenden wir eine Skalierung über eintägige Verbarwertungen mittels Resampling. Die Ermittlung erfolgt mit Hilfe des Moduls ZINSMANAGEMENT unter VR-Control. Der VaR für das Zinsrisiko beträgt zum 31. Dezember 2023 272,7 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 80,2 Prozent.

Das Marktpreisrisiko der Fonds berücksichtigen wir mittels einer separaten Ex-ante-VaR-Kennziffer. Der VaR für das Marktpreisrisiko des Fonds beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf 27,3 Mio. EUR, was einer Limitauslastung von 78,0 Prozent entspricht.

Den VaR für das Immobilienrisiko ermitteln wir anhand eines Faktormodells, basierend auf Objektwerten und Mieteinnahmen. Der damit zum 31. Dezember 2023 ermittelte VaR beläuft sich auf 19,9 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 99,5 Prozent.

Zum 31. Dezember 2023 ist das Limit für Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken von 395,0 Mio. EUR zu 81,0 Prozent ausgelastet.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich in der Form des Zahlungsunfähigkeits-, des Refinanzierungskosten- und des Marktliquiditätsrisikos auftreten.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungsrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Die Bank erachtet das Liquiditätsrisiko insgesamt als wesentlich im Sinne des Aufsichtsrechts, aber als betriebswirtschaftlich niedriges Risiko. Zwar tritt das Risiko nach unserer Einschätzung mit lediglich geringer Wahrscheinlichkeit ein, zeichnet sich in Bezug auf die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch durch ein hohes Schadenspotenzial aus.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken betreffen die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Anhand der Risikoinventur stufen wir die operationellen Risiken als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich mittel ein. Das Risiko hat eine mittlere Eintrittswahrscheinlichkeit und ein hohes Schadenspotenzial.

Die Bank hat eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien fixiert und kommuniziert. Die Abgrenzung umfasst auch den Umgang mit nicht eindeutig zuordnenbaren Schadensfällen, Beinaheverlusten und damit zusammenhängenden Ereignissen.

Wesentliche operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier betrachten wir insbesondere die Teilbereiche "Zentrales Rechenzentrum" und "IT-Risiken Bank". Über die IT-Risiken, die das Rechenzentrum betreffen, erhalten wir regelmäßige Berichte vom IT-Dienstleister einschließlich Darstellung der eingeleiteten Maßnahmen bei Problemen. Über die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel beim IT-Dienstleister wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet. Die vereinbarte Meilensteinplanung wurde eingehalten.

Für alle wesentlichen Schadensereignisse in Bezug auf bankinterne IT-Risiken besteht ein umfassender Versicherungsschutz. Betriebliche Notfallplanungen wurden insbesondere auf die Anforderungen aus dem IT-Bereich abgestimmt.

Rechtlichen Risiken begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare sowie die Inanspruchnahme juristischer Beratung im Fall von Rechtsstreitigkeiten.

Im Rahmen der ökonomischen Perspektive wird für die operationellen Risiken monatlich ein VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent mit dem Tool "AWADO Arbeitshilfe für die Durchführung eines Self Assessments operationeller Risiken" berechnet.

Das zum 31. Dezember 2023 ermittelte gesamte operationelle Risiko beläuft sich auf 22,6 Mio. EUR, was einer Limitauslastung von 59,5 Prozent entspricht.

Weitere Risiken

Unter dieser Kategorie analysieren wir alle nicht bankspezifischen Risiken. Die Wesentlichkeit dieser Risiken überprüfen wir regelmäßig und anlassbezogen. Aktuell stufen wir alle sonstigen Risiken als unwesentlich ein.

Gesamtbild der Risikolage

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven (ökonomisch und normativ) in den von uns simulierten Risiko- bzw. Planszenarien gegeben. Die internen Simulationen kommen darüber hinaus zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt und die Eigenmittelanforderungen erfüllt werden.

Zum 31. Dezember 2023 ist das Gesamtrisikolimit der Bank zu 81,9 Prozent ausgelastet. Der Anteil des Gesamtrisikos am gesamten Risikodeckungspotenzial beträgt 45,7 Prozent.

Bestandsgefährdende Risiken sind auch aufgrund der Zugehörigkeit zur BVR Institutssicherung GmbH und zur Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. nicht erkennbar.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation des Instituts auch im Berichtszeitraum 2024 gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

Insgesamt hat sich die Risikolage im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert.

D. Prognose- und Chancenbericht

Die Stimmung der heimischen Wirtschaft, hier im Speziellen die des Ruhrgebietes, trübt sich weiter ein, die Unzufriedenheit steigt. Es fehlen politische Impulse für den Weg aus der Rezession. Das führt dazu, dass dringend notwendige Investitionen aufgeschoben werden. So lässt sich der erste Konjunkturbericht des Jahres 2024 der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet knapp und prägnant zusammenfassen. Begründet liegt dieses in weiter steigenden (Arbeits-)Kosten, fehlenden Fachkräften, überbordender Bürokratie und einer weiterhin nur langsam abflachenden Inflation. Die Stimmung in Zahlen ausgedrückt heißt, dass 53,7 Prozent (Herbstumfrage 2023: 55,7 Prozent) der befragten Unternehmen eine gleichbleibende wirtschaftliche Entwicklung erwarten, während 31,4 Prozent (Herbstumfrage 2023: 30,3 Prozent) von einer schlechteren Geschäftsentwicklung ausgehen. Der Konjunkturklimaindikator, der nach einem Tiefststand im Herbst 2022 von 77 Punkten sich Anfang 2023 noch auf 101 Punkte erholen konnte, verliert nach 6 Punkten im Herbst 2023 Anfang 2024 einen weiteren Punkt, was den zweitniedrigsten Stand seit 15 Jahren darstellt.

Für das Jahr 2024 wird ein prozentuales Wachstum im Kundenkreditgeschäft von 2,25 Prozent und bei den Kundeneinlagen von 0,4 Prozent angenommen. Vor dem Hintergrund des aktuellen Zinsniveaus und des weiter anziehenden Wettbewerbs um Kundeneinlagen - diese stellen einen bedeutenden Teil unserer Refinanzierungsstruktur dar - ist die Umschichtung aus den Sichteinlagen in höher verzinsliche Termineinlagen in der Planung berücksichtigt. Das Wachstum im Kundenkreditgeschäft planen wir auf Vorjahresniveau, da die moderate Nachfrage nach Finanzierungen keinen nachhaltigen Anschub aus der Wirtschaft bekommt.

Die Bilanzsumme stellt für unser Haus keine Planungsgröße dar, sondern ist vielmehr Ausfluss der sonstigen Zielgrößen- und Ergebnisplanung. Die Bilanzsumme wird hiernach um 3,4 Prozent steigen.

Bei unserem bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikator, der digitalen Transformation, setzen wir inzwischen einen anderen Schwerpunkt. Nachdem in der Vergangenheit unser Fokus auf die Einführung der als marktgängig zur Verfügung gestellten digitalen Produkte der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken lag, verschiebt sich dieser nunmehr auf die Freischaltung der Kund*innen zur Nutzung der digitalen Kanäle. So haben wir uns eine Registrierungsquote von 50,0 Prozent für das Online-Banking und von 65,0 Prozent für das Mobile-Banking auf die Fahnen geschrieben.

Wesentliche Chancen in der geschäftlichen Entwicklung sehen wir, wenn sich das Wirtschaftswachstum besser als erwartet entwickelt und in dessen Folge die Kreditnachfrage gegenüber unserer Erwartung steigt. Insbesondere der Wegfall der Lieferketten-Problematik und der hohen Inflation können sich positiv auf die Investitions- und Konsumneigung der Wirtschaft auswirken und in der Folge auch unsere Bankgeschäfte beleben.

Wesentliche Risiken werden nach unseren Einschätzungen entstehen, wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtert und die geplanten Wachstumsraten im Kreditgeschäft nicht erreicht werden können. Eine weitere Eintrübung der Wirtschaft, auch in Verbindung mit steigenden Lohnkosten, Einschränkungen bei den Lieferketten sowie allgemein steigenden Preisen und Kosten könnte zu einer Steigerung der Insolvenzfälle führen, was sich in einem erhöhten Bedarf an Wertberichtigungen in unseren Kreditbestand niederschlagen könnte. Auf die Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der damit verbundenen Auswirkungen auf unser Kreditportfolio wird nach unserer Einschätzung auch der Mangel an Fachkräften in Zusammenhang mit steigenden bürokratischen Anforderungen Einfluss haben.

Prognose der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage mit wesentlichen Chancen und Risiken

Unsere Planungen sehen eine weitere Stärkung unseres Eigenkapitals aus dem Jahresüberschuss vor. Die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses aus dem Geschäftsjahr 2023 und die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB werden bei Feststellung des Jahresabschlusses und Zustimmung der Ergebnisverwendung durch die Vertreterversammlung zu einer Erhöhung unserer Eigenmittel im Sinne des Artikels 72 der CRR um 33,8 Mio. EUR führen. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittel- und Liquiditätsausstattung gemäß CRR und CRD IV werden wir nach unseren Planungen auch im Jahre 2024 sowie in den Folgejahren mit Spielraum einhalten. Bei unseren Kapitalplanungen haben wir das Inkrafttreten der CRR III zum 1. Januar 2025 berücksichtigt.

Aufgrund des in der Planung unterstellten, nur moderaten Wachstums im Kreditgeschäft können wir aus dem laufenden Betriebsergebnis unserem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB sowie unseren Rücklagen so viel Mittel zuweisen, dass die Kapitalquoten Ende 2024 über denen zum Jahresende 2023 liegen. Die harte Kernkapitalquote wird sich entsprechend unserer Planungen zum 31. Dezember 2024 auf 14,4 Prozent, unsere Gesamtkapitalquote auf 15,6 Prozent belaufen.

Der Zinsüberschuss wird unter der Prämisse des von uns prognostizierten Zinsniveaus, verbunden mit den von uns verwendeten Elastizitäten, und einer um 3,4 Prozent steigenden Bilanzsumme bei ansonsten unveränderter Geschäftsstruktur absolut um rund 0,3 Mio. EUR und somit auch prozentual leicht rückläufig sein.

Daneben sehen wir einen absolut gesehen, leicht steigenden Provisionsüberschuss um 0,3 Mio. EUR vor. Der in der Planung zugrunde gelegte Zuwachs soll insbesondere durch höhere Erträge aus dem Wertpapiergeschäft mit Kund*innen generiert werden. Zahlungsverkehrsprovisionen sowie die Versicherungsvermittlung sollen ebenfalls zum verbesserten Provisionsergebnis beitragen und somit einzelne, leicht nachlassende Bereiche auffangen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden planmäßig etwa auf das Niveau von 2022 zurückfallen, was einem Rückgang von 1,5 Mio. EUR entspricht. Ursächlich hierfür ist der Entfall des Sondereffektes aus der Parameteränderung bei den Pensionsrückstellungen. Hieraus resultierte ein erhöhter Ertrag aus der Abzinsung. Steigende Mieterträge aus im Jahr 2023 fertiggestellten Immobilien, deren Mieten in 2024 voll zufließen, können diesen Effekt nur teilweise abfedern.

Beim Personalaufwand gehen wir insgesamt von einer leichten Erhöhung aus. Gründe hierfür sind die Tarifierhöhung zum 1. Januar 2024 sowie die Vielzahl an unterjährigen Neueinstellungen in 2023, die in 2024 nicht nur zeitanteilig zu Buche schlagen. In Verbindung mit Gehaltsanpassungen wird von 0,5 Mio. EUR steigenden Personalkosten ausgegangen, auch wenn Sondereffekte aus dem Jahr 2023 entfallen.

Die Höhe der Sachaufwendungen wird im Jahr 2024 voraussichtlich um 0,6 Mio. EUR steigen. Wesentlicher Kostentreiber sind die IT-Kosten und hier insbesondere die Kosten für die Leistungen des Rechenzentrums. Teilweise können die Kostensteigerungen durch Einsparungen aufgefangen werden. Hier sind insbesondere die Bereiche Instandhaltung sowie sonstiger Raumaufwand zu nennen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen profitieren von den deutlich rückläufigen Aufwendungen für die Abzinsung der Pensionsrückstellungen, die rein zinsinduziert sind. Aus dieser Position planen wir eine Ergebnisentlastung von 2,1 Mio. EUR ein.

Im Ergebnis führen vorgenannte Positionen, respektive die erwarteten Erträge und Aufwendungen hieraus zu einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 82,1 Mio. EUR. Dies entspricht nahezu exakt dem Wert, der im Jahr 2023 auch erzielt werden konnte.

Aus der Bewertung von Forderungen erwarten wir für das laufende Jahr 2024 Bewertungsaufwendungen in Höhe von 10,0 Mio. EUR. Der über die Risikomess- und -prognoseverfahren ermittelte statistische Wert wurde hierbei um einen Aufschlag ergänzt, welcher der unverändert unsicheren globalen wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen soll.

Für das Eigenanlagegeschäft wird mit einem Bewertungsertrag von 2,5 Mio. EUR gerechnet. Ursächlich hierfür sind Einlösungsgewinne von in 2024 fälligen Wertpapieren sowie Zuschreibungen aufgrund verkürzter Restlaufzeit von Wertpapieren.

E. Erklärung zur Unternehmensführung - ungeprüft -

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft (Festlegung von Zielgrößen nach dem 12. August 2021)

Wir fördern im Rahmen der regional bestehenden Möglichkeiten den Einsatz von qualifizierten Frauen in Führungspositionen der Bank.

Der Vorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 25,0 Prozent festgelegt. Als Führungskräfte unterhalb der Vorstandsebene definieren wir diejenigen Personen, die die Bereichsleitung oder die Abteilungsleitung innehaben und in direkter Linie dem Vorstand unterstellt sind. Diese Stelleninhabenden tragen geschäftspolitische Mitverantwortung und erfüllen so die Definition der relevanten Führungsebene unterhalb des Vorstandes. Die Zielgröße von 25,0 Prozent ist per 31.12.2023 noch nicht erreicht und wird mit 17,9 Prozent derzeit unterschritten.

Der Vorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 30,0 Prozent festgelegt. Diese Führungsebene umfasst alle Personen, die die Gruppenleitung oder die Filialleitung inne haben und nicht dem Vorstand in direkter Linie unterstellt sind. Die Zielgröße von 30,0 Prozent wird per 31.12.2023 bei einer Quote von 28,7 Prozent derzeit knapp verfehlt.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 20,0 Prozent festgelegt, auch wenn der Vorstand derzeit nur mit Männern besetzt ist und im Bezugszeitraum bis 30.06.2027 voraussichtlich weder Stellen frei, noch zusätzliche Stellen geschaffen werden. Jedoch soll hiermit das Anliegen dokumentiert werden, dass es das Bestreben der Bank ist, sich dieser Thematik zu stellen.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen eine Zielgröße von 20,0 Prozent festgelegt. Die Zielgröße wird bei einer Quote von 17,6 Prozent noch nicht erreicht.

F. Nichtfinanzielle Berichterstattung - ungeprüft -

Wir werden den gesonderten nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2023 zusammen mit dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 nach § 325 HGB im Bundesanzeiger veröffentlichen. Eine nichtfinanzielle Erklärung ist daher nicht abzugeben.

Dortmund, 18. März 2024

Dortmunder Volksbank eingetragene
Genossenschaft

Der Vorstand

Michael Martens

Markus Dünnebacke

Matthias Frentzen

Gregor Mersmann

Ludger Suttmeier